

Bundesratsentscheidung zum Wertstoffgesetz

Neuer Schwung für mehr Ressourceneffizienz

> Peter Meiwald

Am 29.1.2016 haben wir Grünen in Sachen Wertstoffgesetz einen Etappensieg errungen. Der Bundesrat hatte in einem Antrag (Drucksache 610/15) auf Initiative von Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein beschlossen, dass die Sammlung in kommunale Hände gelegt werden soll. Umweltministerin Hendricks muss jetzt ihren völlig verunglückten Gesetzentwurf anpassen. Der bisher vorliegende Gesetzesvorschlag hat so keine Chance auf Umsetzung. Hoffentlich ist die weitere Privatisierung der Wertstoffsammlung damit vom Tisch. Die letzten werthaltigen Bestandteile aus der Restmülltonne den privaten Entsorgern zu überlassen, darf nicht sein, denn das würde steigende Müllgebühren bedeuten. Der Druck der Wirtschaftslobby ist jedoch enorm und wird nach der Bundesratsentscheidung noch stärker werden.

Es ist nach wie vor erforderlich, dass wir uns zur kommunalen Sammlung bekennen und die Bundesregierung auffordern, ihren Entwurf zu korrigieren. Zusammen mit Britta Haßelmann habe ich daher eine Musterresolution und eine Muster-Pressemitteilung entwickelt, die gerne in meinem Büro erfragt werden kann, falls sie euch noch nicht erreicht hat.

Der Beschluss des Bundesrates deckt sich weitgehend mit der Position unserer Bundestagsfraktion. Die Wertstoffsammlung aus privaten Haushalten liegt bei den Kommunen, mit Ausschreibungsmöglichkeit. Eine „Zentrale Stelle“ in öffentlicher Hand führt die Registrierung der Produktverantwortlichen, die Lizenzierungsregelungen sowie die Lizenzierung und Überwachung durch.

Die Kostenerstattung erfolgt über ein einheitliches Kostenmodell. Die Ausschreibung der Sortierung und Verwertung wird zentralisiert und erfolgt nach den Regeln der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen.

Wir wollen neuen Schwung für weniger Verpackungen und mehr Ressourceneffizienz. Daher soll die Zentrale Stelle die bisherigen Lizenzentgelte für Verpackungen zu einer ökologischen Ressourcenabgabe weiterentwickeln. Bisher bieten die Lizenzentgelte keinerlei Anreiz zu ressourcensparenden Verpackungen. Die verbindlichen Quoten für das stoffliche Recycling müssen dynamisch ausgestaltet und deutlich ambitionierter werden. Auch müssen die Nutzer besser über den Verbleib ihrer Wertstoffe informiert werden. Denn nur dann sind sie bereit, weiterhin fleißig zu trennen.

Wir schaffen also Klarheit und Transparenz, indem die Sammlung von Wertstoffen wieder in eine Hand kommt, und zwar in die kommunale. Das kostenaufwändige Nebeneinander von Kommunen und Dualen Systemen hätte ein Ende.

> Peter Meiwald MdB ist seit 2013 Sprecher für Umweltpolitik der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und Obmann seiner Fraktion im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.



Foto: Stefan Kaminski